

Es gilt das gesprochene Wort!

**Bezirksregierung
Münster**



9. Januar 2009

Seite 1/13

Neujahrsempfang am 9. Januar 2009

Pressestelle

Telefon 0251/411-1066

pressestelle@brms.nrw.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie zum traditionellen Neujahrsempfang bei der Bezirksregierung Münster begrüßen zu dürfen. Ich heiße Sie hier im Freiherr-vom-Stein-Saal herzlich willkommen und wünsche Ihnen allen ein frohes und gesegnete neues Jahr 2009.

Meine Damen und Herren, sehen Sie es mir nach, wenn ich nun im Weiteren auf eine namentliche Begrüßung verzichten werde. Das soll kein Ausdruck mangelnder Wertschätzung Ihnen gegenüber sein, ganz im Gegenteil, erleichtert mir aber den Einstieg und Ihnen das Zuhören.

Ich freue mich über die Gäste aus dem Deutschen Bundestag sowie aus dem nordrhein-westfälischen Landtag. Ihnen und auch den Mitgliedern des Regionalrates sowie den Vertretern der Landschaftsversammlung des LWL ein herzliches Willkommen!

Ebenso freue ich mich über die zahlreichen Gäste der kommunalen Familie, darunter die Landräte, Oberbürgermeister, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Regierungsbezirk.

Ich begrüße die Vertreter der Kath. Kirche der Diözese Münster und der Ev. Kirche von Westfalen.

Einen herzlichen Willkommensgruß richte ich ebenfalls an die Repräsentanten der Gerichte und ich begrüße ganz herzlich unsere ausländischen Gäste und die Vertreter des Militärs, und zwar des Deutsch-Niederländischen Korps, der Unteroffizierschule des Heeres, der Wehrbereichsverwaltung sowie die Verbindungsoffiziere der britischen Streitkräfte.

Ich freue mich über die Gäste aus Wissenschaft und Forschung, ich begrüße die Vertreter der Westfälischen Wilhelms Universität Münster, der Fachhochschule Münster und der Fachhochschule

Bezirksregierung Münster
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Domplatz 1-3
48143 Münster
Telefon: 0251/411- 1066
Telefax: 0251/411- 81055
www.brms.nrw.de

Es gilt das gesprochene Wort!

**Bezirksregierung
Münster**



Gelsenkirchen, mit denen wir gerade im vergangenen Jahr sehr eng und gut zusammengearbeitet haben.

Ein herzlicher Gruß an die hier zahlreich anwesenden Behördenleiter mit Sitz in Ahlen, Münster, Coesfeld und Rheine, bei denen ich mich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr bedanken möchte.

Besonders begrüßen möchte ich auch die Vertreter der Wirtschaft, des Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverbandes, der Industrie- und Handelskammer, der Deutsch-Niederländischen Handelskammer und der Handwerkskammer sowie der Westdeutschen Lotterie. Ebenfalls begrüße ich den Vertreter der Deutschen Gewerkschaftsbundes Emscher-Lippe und die Vorsitzenden unserer Personalräte.

Ich begrüße die Vertreter des Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverbandes, der Landwirtschaftskammer, der Ärztekammer und der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe.

Mich freut das große Interesse der Medienvertreter. Ich möchte Ihnen meinen Dank aussprechen für die umfassende und breite Berichterstattung über die Arbeit der Bezirksregierung im vergangenen Jahr.

Zu guter Letzt begrüße ich die Sternsinger aus der Kirchengemeinde St. Michael in Gievenbeck mit Pfarrer Dr. Dierkes. Die Sternsinger sammeln in diesem Jahr unter dem Motto „Kinder suchen Frieden“ Spenden für Kinder, die weltweit unter den Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen leiden.

Musikalisch begleitet uns heute das Blechbläserensemble der Musikschule Havixbeck unter der Leitung von Rainer Becker. Den jungen Musikern danke ich schon jetzt für den stimmungsvollen musikalischen Auftakt.

I.

Das Jahr 2008 war nach langer Zeit das erste, in dem keine neuen Maßnahmen zur Verwaltungsstrukturreform diskutiert worden sind. Vielmehr sind inzwischen alle Reformen abgearbeitet und alle Vorgaben der Landesregierung umgesetzt worden. Meine Einschätzung aus dem vergangenen Jahr hat sich bestätigt, die ablauf- und aufbauorganisatorischen Strukturen meines Hauses sind



durch die Reformmaßnahmen gestärkt worden. Trotz sehr enger Personalressourcen – es fehlen beispielsweise Juristen, zuletzt konnten wir uns vor 8 Jahren mit jungen „Juristen zur Anstellung“ verstärken – sind wir als Behörde gut aufgestellt, so dass wir uns nach der Reformdiskussion wieder voll und ganz auf unsere Zuständigkeiten und eigentlichen Aufgaben konzentrieren können. Das weitere Thema der räumlichen Neugliederung der Mittelinstanzen steht in 2009 nicht auf der politischen Tagesordnung der Landesregierung und des Landtages, so dass keine Entscheidungen zu erwarten sind.

Personell hat sich in der Behördenleitung einiges bei uns verändert. Seit Mitte letzten Jahres ist Frau Dorothee Feller-Elverfeld neue Regierungsvizepräsidentin und seit Oktober hat Herr Wolfgang Weber, vorher „Personalchef“ der Bezirksregierung, die Leitung der Schulabteilung übernommen.

Die mit Abstand wichtigste Aufgabe der Bezirksregierung in den kommenden Jahren, sehr geehrte Damen und Herren, sehe ich in der Begleitung und Unterstützung der regionalen Strukturpolitik. Denn in diesem Aufgabenfeld werden wichtige Pflöcke zur Weiterentwicklung des Münsterlandes und der Emscher-Lippe-Region eingeschlagen. Somit möchte die Bezirksregierung in diesem Bereich zukünftig eine noch aktivere Rolle einnehmen als in den vergangenen Jahren. In engem Kontakt mit der kommunalen Ebene, mit den verschiedensten Einrichtungen und Akteuren im Regierungsbezirk und nicht zuletzt mit den politisch verantwortlichen Ministerien in Düsseldorf wollen wir uns als Bündelungsbehörde dieser Aufgabe stellen.

II.

Im vergangenen Jahr ist hierfür grundsätzlich eine gute Grundlage geschaffen worden. Trotz der aktuell gedämpften Stimmungslage aufgrund der allgemeinen Finanz- und Konjunkturkrise können wir rückblickend feststellen: Das Jahr 2008 war für das Münsterland und für die Emscher-Lippe Region ein gutes Jahr. Unsere Teilregionen sind gut aufgestellt wie lange nicht mehr. Die Beschäftigung blieb von der wirtschaftlichen Abkühlung bisher unbeeindruckt. Mit 4,9 % im Münsterland und 11,4 % in der Emscher-Lippe Region (Stand 31.12.2008) haben wir die geringste Arbeitslosenquote seit 15 Jahren und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat in 2008 neue Höchststände erreicht. Auch wenn wir wissen, dass

Es gilt das gesprochene Wort!



der Arbeitsmarkt mit Verzögerung auf konjunkturelle Einflüsse reagiert, sind das doch erfreuliche Entwicklungen. Das Münsterland gehört inzwischen zu den Top-Regionen des Landes und möchte auch so wahrgenommen werden.

Bei einigen Unternehmen, z.B. in der Automobilzulieferindustrie, sieht die Stimmungslage dagegen anders aus, hier ist die Krise angekommen und eine beträchtliche Zahl an Unternehmen hat Kurzarbeit angemeldet. Trotzdem sollten wir in die Wirtschaftsleistung unserer Region vertrauen haben und vielleicht, Herr Dieler, Herr Schulte-Uebbing, können Sie auf dem Jahresempfang der IHK Ende August dieses Jahres für die Wirtschaft unserer Region bereits wieder hoffnungsvoller in die Zukunft blicken.

Seit Montag laufen die Koalitionsverhandlungen der Bundesregierung zum „Konjunkturpaket II“ und bereits am Dienstag vor Weihnachten hat eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Arbeit aufgenommen, um konkrete Projekte zur Investitionsförderung im Straßen- und Schienenbau, für Bildungseinrichtungen, Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser sowie für weitere Innovationsvorhaben, z.B. die Breitbandverkabelung im ländlichen Raum, vorzuschlagen. Am kommenden Montag erfahren wir mehr, wenn die Einzelheiten des zweiten Konjunkturpaketes im Koalitionsausschuss beschlossen werden.

Die Maßnahmen, die zur Konjunkturbelebung in Angriff genommen werden sollen, müssen möglichst schnell und zielgerichtet, ohne zeitliche Verzögerung greifen, um tatsächlich antizyklisch wirken zu können. Das heißt, wir dürfen uns nicht lange mit der Planung aufhalten, sondern wir brauchen sinnvolle Projekte, die zeitnah realisiert werden können, um konjunkturelle Impulse zu setzen. Dies wird uns nicht ohne Hilfe der Kommunen gelingen. Ohne Zweifel werden deshalb die öffentlichen Aufträge der Kommunen ein Hauptbestandteil des Konjunkturpaketes werden, denn etwa zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen laufen über die kommunalen Haushalte. Der Investitionsstau im öffentlichen Bereich ist beträchtlich. Der Nachholbedarf wird vom Deutschen Institut für Urbanistik allein für die Kommunen auf bundesweit 700 Mrd. € geschätzt. Ich bin mir sicher, dass jede Kommune auf Schlag Sanierungsarbeiten identifizieren und mehrere Projekte aus der besagten Schublade ziehen könnte. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille.



Dem steht auf der anderen Seite die prekäre Haushaltslage vieler Kommunen gegenüber. Weil Fördermittel immer auch einen kommunalen Eigenanteil bedingen, ist die Finanzierung dieser Investitionsmaßnahmen gerade durch finanzschwache Kommunen nicht gesichert. Rein haushaltsrechtlich betrachtet, müsste immer geprüft werden, ob die Finanzierung überhaupt zulässig ist. Das heißt, selbst wenn die Fördermittel sprudeln werden, könnte der normalerweise notwendige Eigenanteil für die Kommunen ein Investitionshindernis bedeuten - zumal die Steuereinnahmen rückläufig sein werden und sich damit die Einnahmeseite in 2009 schlechter darstellen wird als noch im vergangenen Jahr. Das gilt besonders für die strukturschwachen Kommunen, die sich oft in der Haushaltssicherung oder sogar im Nothaushaltsrecht befinden – das sind in NRW etwa ein Drittel aller Gemeinden. Im Regierungsbezirk Münster ist immerhin beinahe jede vierte Kommune von dieser Einschränkung betroffen! Im Einzelfall und als Ausnahme von der Regel muss daher die Möglichkeit eingeräumt werden, sinnvolle und nachhaltige Investitionsmaßnahmen auch in den Kommunen durchzuführen, die sich in der Haushaltssicherung befinden und einen entsprechenden Sonderbedarf nachweisen können. „Wir werden einen Weg finden“, so ist auch Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers am Mittwoch in der Presse zitiert worden.

Auch ich versichere Ihnen heute, dass sowohl die Förderdezernate der Bezirksregierung, aber auch die Kommunalsaufsicht alles daran setzen werden, um die Kommunen in ihren Investitionsentscheidungen zu unterstützen. Wir werden rechtliche Spielräume kommunalfreundlich auslegen. Aber ich muss auch darauf hinweisen: Die Spielregeln können wir nicht verändern, hier sind andere Instanzen in der Verantwortung.

III.

Neben der allgemeinen Wirtschaftsschwäche stehen wir in unserem Regierungsbezirk vor weiteren, im Vergleich zu anderen Regionen, zusätzlichen Herausforderungen: Der Regierungsbezirk Münster ist mit dem nördlichen Ruhrgebiet und Ibbenbüren im Kreis Steinfurt wie keine andere Region in Nordrhein-Westfalen vom Kohlerückzug betroffen.

Der Kohlerückzug ist ohne Wenn und Aber eine herausfordernde *Sondersituation* für die betroffenen Kommunen. Vielfach wurde daher seitens der Kohlestädte auch ein *Sonderprogramm* gefordert.

Es gilt das gesprochene Wort!



Ich habe für diese Forderung Verständnis gezeigt. Aber ein solches Sonderprogramm wird es nicht geben. Denn das neue Konjunkturprogramm wird unseren Staat insgesamt so intensiv finanziell fordern, dass für regional begrenzte Teilmaßnahmen kein Spielraum vorhanden sein wird.

Dennoch stellt sich die Frage, mit welchen Maßnahmen wir den Strukturwandel begleiten und fördern können. Der Bund hat bereits zusätzliche Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA-Mittel) bereitgestellt. Zusammen mit den Landesmitteln belaufen sich diese Fördergelder in Nordrhein-Westfalen auf 154 Mio. €. Die Landesregierung will diese Finanzmittel gezielt einsetzen, um insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft zu stärken und die vorhandenen Wachstums- und Beschäftigungspotenziale zu mobilisieren.

Die Bezirksregierung will darüber hinaus in allen Bereichen, die vom Strukturwandel betroffen sind und die wir als Bündelungsbehörde abdecken, kompetenter Ansprechpartner für die Region sein. Wir werden hierzu eine Arbeitsgruppe einrichten, die sich unter Federführung der Regierungsvizepräsidentin neben den Themen Wirtschaftsförderung und Flächenentwicklung insbesondere mit dem Bereich Qualifizierung und Bildung befassen wird. So wollen wir die Region unterstützen und auch ermutigen.

IV.

Unsere Schulabteilung wird zukünftig einen noch größeren Beitrag zur Verbesserung der Bildungsstrukturen im Regierungsbezirk leisten. Wer bis jetzt geglaubt hat, die Arbeit der Bezirksregierung begrenzt sich in diesem Bereich lediglich auf Schulverwaltung und Schulaufsicht, sieht sich getäuscht. Sowieso ändert sich in der Schullandschaft momentan sehr viel; grundlegende Neuerungen, wie z.B. „Eigenständige Schule“ oder „Qualitätsanalyse an Schulen“ sind auf den Weg gebracht.

Darüber hinaus wird aber vor allem eine Zusammenarbeit von Schulen, Kommunen, Unternehmen, Bildungsträgern, Kammern und vielen anderen Institutionen wichtig sein, so dass junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf noch besser unterstützt werden. Aus diesem Grund brauchen wir „Regionale Bildungsnetzwerke“, die eine solche Zusammenarbeit gewährleisten

Es gilt das gesprochene Wort!



und abstimmen. Unter Koordination der Bezirksregierung werden deshalb im Regierungsbezirk ganz aktuell solche „Regionalen Bildungsnetzwerke“ aufgebaut. Das Land fördert den Aufbau, indem zusätzliches pädagogisches Personal zur Verfügung gestellt wird.

Wir wollen damit ein Gesamtsystem für Bildung, Betreuung, Beratung und Erziehung auf regionaler Ebene schaffen, damit den Kindern und Jugendlichen frühzeitig Chancen geboten werden können und keiner durch den Rost fällt. Lokale Bildungsangebote werden zusammengeführt und neue Lösungsansätze in bereits bestehende Module integriert, um so gut funktionierende, vernetzte Strukturen zu knüpfen.

Aber: Bildungsnetzwerke sind kein Selbstzweck! Das gemeinsame Ziel aller Bildungsakteure ist die Gestaltung einer Bildungsbiographie ohne Brüche. Bildungsnetzwerke benötigen verlässliche Strukturen. Ohne den festen politischen Willen der Kommunen sind Bildungsnetzwerke nicht denkbar! Die Bezirksregierung und das Land werden dazu ihren Beitrag leisten. Ich möchte Sie heute ermuntern, in Ihrem Verantwortungsbereich ebenfalls mitzuhelfen, dieses gemeinsame Ziel zu erreichen. Die Puzzleteile sind vorhanden, wir müssen sie nur zusammenfügen, damit ein großes Ganzes daraus wird.

V.

Wir müssen zusätzlich dafür sorgen, dass die Region für qualifizierte Fachkräfte weiterhin attraktiv bleibt. Zurzeit haben wir leider die Situation, dass junge, gut ausgebildete Menschen gerade die strukturschwachen Regionen verlassen. Daraus kann ein Teufelskreis werden, denn die besten Köpfe gehen dahin, wo die Arbeitsplätze sind und umgekehrt. Einiges ist bereits auf den Weg gebracht. Das Programm der Landesregierung zum Ausbau der Fachhochschulen wird dazu beitragen, dass unser Regierungsbezirk für qualifizierte Fachkräfte attraktiv bleibt.

Bottrop wird neuer FH-Standort. Die FH Münster wird an den bestehenden Standorten 200 neue Studienplätze erhalten und darüber hinaus werden die Standorte Ahlen, Beckum und Oelde mit weiteren 110 Plätzen ausgestattet. Auch über die 40 zusätzlichen Studienplätze in Ahaus freuen wir uns. Darüber hinaus erhält Rheine eine neue private FH für Gesundheitswesen und hoffentlich kommt ein Gesundheitscampus in Castrop-Rauxel hinzu. Der gesamte



Regierungsbezirk hat sich geschlossen hinter die Bewerbung Castrop-Rauxels gestellt. Die Bezirkskonferenz, in der Vertreter des Münsterlandes und der Emscher-Lippe Region gleichberechtigt vertreten sind, hat im August letzten Jahres durch ihr geschlossenes und solidarisches Auftreten eindrucksvoll gezeigt: Die beiden Teilregionen sind zusammengerückt.

Enttäuscht sind wir dagegen, dass das gute Konzept für einen FH-Standort in Coesfeld die Jury nicht überzeugen konnte und auch die Standorte der FH Gelsenkirchen in Bocholt und Recklinghausen sind leider nicht gestärkt worden. Dieses Ergebnis bedeutet nicht, dass sich auf absehbare Zeit an diesen Standorten nichts bewegen wird. Wir sollten das Thema weiterhin im Blick behalten und versuchen, Überzeugungsarbeit zu leisten. Vielleicht sind wir im Zuge der Verhandlungen um den Hochschulpakt II erfolgreicher. Der Hochschulpakt I läuft in diesem Jahr bekanntlich aus und derzeit wird über eine Anschlussregelung debattiert, eine Entscheidung fällt vielleicht im März. Wir müssen am Ball bleiben und unsere Chancen hier suchen, denn ich bin nach wie vor der Ansicht, dass die Region diese Studienplätze dringend benötigt.

VI.

Der demographische Wandel gehört zu den bedeutendsten Zukunftsherausforderungen Deutschlands. Die Menschen in Deutschland leben länger, gleichzeitig werden weniger Kinder geboren. Die Bevölkerung wird deshalb in absehbarer Zeit sowohl altern als auch schrumpfen – das sind keine neuen Erkenntnisse. Die Auswirkungen auf gesellschaftliche Strukturen, Beschäftigungsverhältnisse, Kaufkraft und Infrastrukturanforderungen im öffentlichen Leben werden enorm sein. Medizinische Versorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Schulen oder Siedlungsentwicklung – es gibt kaum einen Lebensbereich, der nicht betroffen sein wird.

Der Rückgang der Bevölkerung und die Alterung der Gesellschaft treffen die Kommunen im Münsterland und in der Emscher-Lippe-Region in den nächsten 40 Jahren sehr unterschiedlich, wie man auf den Charts deutlich sehen kann. Während die Gesamtbevölkerung im Münsterland in den nächsten 20 bis 25 Jahren noch zunehmen wird, ist der Schrumpfungsprozess in der Emscher-Lippe Region bereits in vollem Gange.



Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, haben wir uns als Bezirksregierung für 2009 ein neues Schwerpunktziel gesetzt: Die Bezirksregierung will die Region bei der Bewältigung des demographischen Wandels aktiv begleiten und unterstützen. Wir wollen das Problembewusstsein in der Region fördern, indem wir beispielsweise bereits gewonnene Erfahrungen, Erkenntnisse und Lösungswege in der Region sammeln und kommunizieren. Viele Kommunen haben bereits gute Ideen und Strategien entwickelt. Warum sollen davon nicht auch andere profitieren? Es kann deshalb hilfreich sein, auch in diesem Bereich Netzwerke zu bilden und sich gegenseitig zu informieren.

VII.

Die Fortschreibung des Regionalplanes für den Teilabschnitt Münsterland ist eine weitere wichtige Aufgabe in diesem Jahr. Der Regionalplan ist so etwas wie ein übergeordneter Flächennutzungsplan. Wir versuchen, dem Regionalrat den ersten Entwurf, den sog. Erarbeitungsbeschluss, möglichst bis Ende dieses Jahres vorzulegen, so dass der Regionalrat, der sich nach der Kommunalwahl neu konstituieren wird, den Aufstellungsbeschluss voraussichtlich in 2010 fassen kann.

Bereits die bisherigen Vorarbeiten haben gezeigt, wie viel Sprengstoff in der Neufassung des Regionalplans steckt. Das ist nur allzu verständlich, bildet doch der Regionalplan als eine Art Gesamtplanung die Basis für die strukturpolitische Entwicklung unserer Region in den nächsten 20 Jahren. Die raumordnerischen Ziele, die wir heute für unsere Region definieren und vorgeben, haben erhebliche Folgewirkungen auf die Kommunalpolitik vor Ort. Aus diesem Grund ist es ratsam, bei der Fortschreibung sehr behutsam und mit Augenmaß vorzugehen. Alle Interessen müssen sorgfältig abgewogen und austariert werden. Natürlich wird es zu Interessenskonflikten kommen, die Konkurrenzen der unterschiedlichen Raumansprüche sind groß, das ist bereits absehbar.

Wir leben in einem landwirtschaftlich geprägten Kulturraum, den es für nachfolgende Generationen zu erhalten gilt. Gleichzeitig müssen wir Kommunen und Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten bieten, aber auch der Natur zu ihrem Recht verhelfen. Fläche ist aber nun einmal ein endliches Gut, Freiraum steht nur begrenzt zur Verfügung. Daher werden wir es bei dem neuen Regionalplan nicht



um eine bloße Fortschreibung belassen können. Zudem haben sich auch die Verfahrensbestimmungen grundlegend geändert. Das wird insbesondere uns als regionale Planungsbehörde fordern. Wir müssen die beteiligten Akteure intensiver einbinden als noch bei der letzten Fortschreibung 1998. So ist jetzt beispielsweise die Durchführung einer so genannte „Strategischen Umweltprüfung (SUP)“ durch EU-Recht verbindlich vorgeschrieben.

Trotz alledem glaube ich, dass meine Mannschaft für diese Aufgabe gut gerüstet ist. Wobei ich sofort eine Einschränkung machen muss: Der langjährige Bezirksplaner, Abteilungsdirektor Erich Tilkorn, feiert in diesem Monat seinen 65. Geburtstag und wird daher Ende Januar nach 40 Dienstjahren in den Ruhestand entlassen. Seine Expertise und sein Erfahrungswissen werden uns sicherlich fehlen. Aber ich habe seine Telefonnummer, in dringenden Fällen darf ich ihn - auch wenn er bereits Pensionär sein wird - zu Hause anrufen, das hat er mir versichert. Eine Nachfolge ist leider noch nicht in Sicht, Frau Regierungsvizepräsidentin Feller-Elverfeld wird die Abteilung 3 in der Übergangsphase leiten.

VIII.

Wenn wir über Strukturpolitik sprechen, sehr geehrte Damen und Herren, geht es um Fragen der Wirtschaftsförderung, es geht um Verkehr, Städtebau und Infrastruktur, manchmal auch um Bildung. Wir haben in diesen Bereichen in 2008 einige Projekte anschieben können: Allein die bewilligten Investitionen aus der Städtebauförderung belaufen sich auf insgesamt ca. 32 Mio. €. Hierbei haben wir bewusst einen Schwerpunkt in der Emscher-Lippe Region gelegt: 25 Mio. € bzw. 78 % der Stadterneuerungsmittel fließen ins nördliche Ruhrgebiet. Allein Gelsenkirchen erhält 8,5 Mio. €, Recklinghausen 3,8 Mio. €, Gladbeck 3,1 Mio. € und Bottrop 2,8 Mio. €. Hinzu kommen 13 Mio. € aus dem Investitionsprogramm zur energetischen Erneuerung, 11,6 Mio. € für wirtschaftsnahe Infrastruktur, 23 Mio. € für den kommunalen Straßenbau und noch einmal 1,6 Mio. € für das Sonderprogramm Radwegebau.

Nicht zu vergessen die landesweit ausgeschriebenen Wettbewerbe zur Vergabe der Ziel-2 Mittel um die besten Ideen und Innovationen. Unternehmen, Kommunen und andere Projektträger haben sich mit 121 Projektskizzen an den 24 Wettbewerben beteiligt. In 50 Fällen konnten die beteiligten Projektträger sich mit auf das Siegertreppchen stellen. Das ist eine ansehnliche Erfolgsquote von



41 %! Hier und da gab es Kritik an der Transparenz der Entscheidungsprozesse. Die berechtigten Anliegen hat die Landesregierung inzwischen aufgegriffen und für die neue Wettbewerbsrunde in 2009 Verbesserungen vorgesehen.

Ein ebenfalls sehr wichtiger Bereich, der jedoch oft übersehen wird, ist die Kulturförderung. Wir sehen an der Diskussion um die Kulturhauptstadt 2010, dass Kultur ein wichtiger Image- aber eben auch Standortfaktor ist, der die Attraktivität einer Region als Wohn- und Wirtschaftsstandort ganz maßgeblich beeinflusst. Aus diesem Grund versuche ich, dieses Thema auch als Bezirksregierung offensiv zu besetzen und künftig stärker zu gewichten.

Die Bezirksregierung ist für die Förderung von Kunst- und Kulturprojekten sowie von öffentlichen Bibliotheken zuständig. Das Bewilligungsvolumen ist mit ca. 10,7 Mio. € gar nicht einmal so gering, im abgelaufenen Haushaltsjahr haben wir über 180 Zuwendungsbescheide erteilt – von der lokalen Musikschule über Museen bis hin zu Städtischen Bühnen und Theatern. Ganz besonders freut mich, dass der Bezirksregierung Münster die Zuständigkeit für die Förderung der „Neuen Philharmonie Westfalen e.V.“ übertragen worden ist. Ebenfalls hat uns die Staatskanzlei die Zuständigkeit für das große Projekt „Emscher-Kunst“ anvertraut. Für dieses überregionale Projekt werden wir bezirksübergreifend verantwortlich sein.

Wir freuen uns darüber, auch weil dadurch das Vertrauen zum Ausdruck kommt, dass man der Bezirksregierung in diesem Bereich entgegenbringt. Ich kann daher die latente Kritik des Bundestagspräsidenten nicht nachvollziehen, der kürzlich in einem Interview bezweifelt hat, dass Kulturarbeit bei den Bezirksregierungen aufgrund ihrer Ausrichtung auf die Kommunalaufsicht richtig aufgehoben sei.

Kulturarbeit, wie meine Mitarbeiter und ich sie verstehen, beschränkt sich eben nicht auf die formale Abwicklung der Kulturförderung. Wir beraten, geben Anstöße und vermitteln Kontakte, z.B. zwischen Kulturtreibenden und Kulturträgern. Positive Rückmeldungen, die mir entgegengebracht werden, bestätigen diese Herangehensweise unserer Arbeit. Daher haben wir uns auch in die Vorbereitungen zur Kulturhauptstadt 2010 eingeschaltet. Das nördliche Ruhrgebiet fühlte sich anfangs von den Projektverantwortlichen – vorsichtig formuliert – etwas benachteiligt, denn gute Projekte der Region blieben in den



ersten Plänen zur Programmgestaltung außen vor. Das war für viele unverständlich und auch für mich nicht so recht nachvollziehbar. Wir haben daraufhin Gespräche mit den Verantwortlichen in Essen geführt und man hat sich unsere Argumente angehört mit dem Ergebnis, dass wir, so glaube ich, nun doch ganz zufrieden sein können, wie sich die Emscher-Lippe Region 2010 präsentieren wird. Daher nochmals mein Dank an die Organisatoren der Kulturhauptstadt, dass sie unsere Anregungen angenommen haben.

Wir beobachten natürlich auch kritisch aktuelle kulturpolitische Prozesse und mischen uns auch hier ein. Dies gilt z.B. für die Diskussion um das sog. „Kunstgutachten“ für NRW, das im Sommer letzten Jahres vorgestellt worden ist und in dem der Regierungsbezirk Münster, ja eigentlich ganz Westfalen leider kaum eine Rolle spielen. Die Ergebnisse sind nicht nur befremdlich. Ich halte dieses Kunstgutachten mit seiner ungerechtfertigten Ausrichtung auf das Rheinland für schlicht nicht hinnehmbar. Hier gilt es, klare Position zu beziehen, die die Stärken Westfalens herausstellt. Mit dieser Meinung stehe ich nicht allein, derzeit sind wir im Gespräch mit dem LWL, der Westfalen Initiative und den übrigen westfälischen Regierungspräsidenten. Wir wollen uns in den nächsten Wochen über die weiteren Schritte abstimmen. Auch auf der Münsterlandkonferenz, die am 13. Februar stattfinden wird, wollen wir dieses Thema möglichst breit diskutieren. Ich freue mich, dass Herr Prof. Dr. Thomas Sternberg, Mitglied des Landtages und Sprecher der CDU-Fraktion im Kulturausschuss, bereits zugesagt hat, hierzu ein Impulsreferat zu halten.

IX.

Sehr geehrte Damen und Herren, hoffentlich ist mit meinen Ausführungen deutlich geworden, dass wir regionale Strukturpolitik im weitesten Sinne verstehen und bestrebt sind, die verschiedenen Ansatzpunkte – von der Städtebau- und Wirtschaftsförderung über die Bildungs- bis hin zur Kulturpolitik – miteinander zu vernetzen und aufeinander abzustimmen. Wir wollen unsere Stärken als Bündelungsbehörde ausspielen!

Sie sehen, die Bezirksregierung Münster geht hoch motiviert ins neue Jahr. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor Weihnachten vermutet, dass 2009 ein Jahr der schlechten Nachrichten werden könnte. Einige Indikatoren sprechen wahrlich dafür. Gleichzeitig hat sie aber auch zu mehr Optimismus aufgerufen, denn nur, wer

Es gilt das gesprochene Wort!

**Bezirksregierung
Münster**



zuversichtlich neue Dinge anpackt, wird nachhaltigen Erfolg ernten. Dem möchte ich mich anschließen. Überhaupt sollten wir den Problemen ins Auge sehen, uns dabei aber nicht von einer Mentalität der Angst treiben lassen.

Wir haben auch in dieser wirtschaftlichen Schwächephase Gestaltungsmöglichkeiten, die wir nutzen können und nutzen werden. „Schöpfen wir die Kraft aus unseren Möglichkeiten“ – so formulierte es Bundespräsident Horst Köhler in seiner Weihnachtsansprache. Es ist ein Zeichen der Zuversicht, wenn Deutschlands Betriebe in diesen Zeiten auf ihre Stärken setzen und ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung ausbauen wollen, so das Ergebnis einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Es gilt, sich auf die Zeit nach der Krise vorzubereiten.

Und außerdem hat uns die Vergangenheit gelehrt, dass sich auch sog. Wirtschaftsweisen irren können und mit ihren Prognosen zum Teil „im Nebel stochern“ – manchmal kommt es eben doch anders als man denkt, warum nicht auch einmal im positiven Sinne. Ich glaube jedenfalls nicht an „Murphys Gesetz“, wonach alles, was schiefgehen kann auch schiefgehen wird! Im Gegenteil, ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen und wünsche allen Gästen einen guten und erfolgreichen Start ins Jahr 2009!